

Internationales Familienrecht bei Fällen mit Auslandsbezug

Winter

2023

ISBN 978-3-406-77906-0

C.H.BECK

Internationales Familienrecht bei Fällen mit Auslandsbezug

von

Michael Winter

Richter am OLG Stuttgart

2023


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK

Zitervorschlag:
Winter IntFamR Rn. 1


DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77906 0

© 2023 Verlag C.H. BECK oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Graphische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Textservice Zink
Neue Steige 33, 74869 Schwarzach



chbeck.de/nachhaltig

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Im Jahr 2017 hatte bei 1,5 Millionen Paaren, die in Deutschland in einem Haushalt zusammenlebten, einer der Personen die deutsche, die andere Person eine ausländische Staatsangehörigkeit. Dies entsprach einem Anteil von 7% an allen Paaren in Deutschland. In weiteren 8% der Fälle (1,7 Millionen Paare) hatten beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit (Quelle: Destatis, 4.9.2018)). Aufgrund einer auf unterschiedlichen Ursachen beruhenden Migration spricht viel dafür, dass der Anteil von Paaren, von denen ein oder beide Partner über eine ausländische Staatsangehörigkeit verfügen, tendenziell steigen wird.

Ungeachtet der zunehmenden praktischen Relevanz ist festzustellen, dass in der anwaltlichen und richterlichen Praxis nicht unerhebliche Schwierigkeiten im Umgang mit Familienrechtsfällen mit Auslandsbezug bestehen. Erschwert wird der Zugang zu der oft labyrinthisch erscheinenden Materie durch eine Vielzahl von supranationalen Rechtsnormen, deren Anwendungsbereich, Abgrenzung und Aufbau oft nur schwer verständlich erscheint. Die Bearbeitung von Familienrechtsfällen mit Auslandsbezug ist daher häufig durch eine erhebliche Unsicherheit, einen schwierigen Einstieg in den Fall und einen hohen Zeitaufwand gekennzeichnet.

Auf Basis der langjährigen Tätigkeit des Autors in einem OLG-Senat, der eine Schwerpunktzuständigkeit für das internationale Familienrecht hat, sowie insbesondere auch auf der Grundlage der als Referent bei Richter- und Anwaltsfortbildungen im internationalen Familienrecht gewonnenen Erkenntnisse über die in der Praxis bestehenden Probleme, ist es das Ziel dieses Buches, der anwaltlichen, richterlichen und notariellen Praxis einen systematischen Zugang zur Bearbeitung von Fällen im internationalen Familienrecht bei den in der Praxis besonders häufig vorkommenden Verfahrensgegenständen zu verschaffen.

Vorangestellt ist ein „Allgemeiner Teil“, der eine hilfreiche Einführung in die Materie und praktische Hinweise für die Arbeit bei Familienrechtsfällen mit Auslandsbezug beinhaltet. Zu Beginn der jeweiligen Abschnitte werden die für den konkreten Verfahrensgegenstand relevanten supranationalen und nationalen Rechtsnormen aufgeführt, wodurch dem Bearbeiter eine erste Eingrenzung und Bestimmung der Rechtsquellen, mit denen der konkrete Fall zu bearbeiten ist, ermöglicht wird.

In den einzelnen Abschnitten, die sich zu den jeweiligen Verfahrensgegenständen systematisch mit dem Verfahrensrecht, dem Kollisionsrecht und der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen auseinandersetzen, finden sich Prüfungshinweise und Prüfungsschemata, des Weiteren viele Merkhinweise und Praxistipps sowie Fallbeispiele.

Vorwort

Der Verfasser hofft, dass dieses Werk dazu beitragen möge, in der richterlichen, anwaltlichen und notariellen Praxis bestehende Berührungspunkte bei Familienrechtsfällen mit Auslandsbezug abzubauen, einen schnellen Zugang zu der komplexen Materie zu verschaffen und eine zielgerichtete und zeitsparende Bearbeitung der Fälle zu ermöglichen.

Das Werk ist auf dem Stand bis zum 8.1.2023. Eingearbeitet ist die neue Brüssel IIb-VO, die am 1.8.2022 in Kraft getreten ist.

Stuttgart, im Februar 2023

Michael Winter


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhalt

Vorwort	V
Abkürzungen	XXI
Literatur	XXIII

A. Einführung in die systematische Fallbearbeitung bei Verfahren mit Auslandsbezug	1
I. Begriffliche Unterscheidungen	1
1. Auslandsbezug	1
2. Internationales Zivilverfahrensrecht	1
3. Internationales Privatrecht	1
4. Sachnormen des nationalen Rechts	1
II. Die Prüfungsreihenfolge bei Fällen mit Auslandsbezug	2
III. Das Verhältnis der nationalen Rechtsinstrumente zu den supranationalen Rechtsinstrumenten	3
1. Einführung	3
2. Das internationale Zivilverfahrensrecht	3
3. Das internationale Privatrecht	5
IV. Die IPR-Verweisung in das Recht eines ausländischen Staates	8
1. Einführung	8
2. Gesamtverweisungen	8
3. Sachnormverweisungen	9
V. Der Grundsatz der gesonderten Prüfung des Zivilverfahrensrechts und des internationalen Privatrechts bei den einzelnen Verfahrensgegenständen	10
VI. Die Vorlage an den EuGH	11
VII. Das anzuwendende Verfahrensrecht bei einem Fall mit Auslandsbezug	11
VIII. Praxishinweise zur Arbeit im Internationalen Familienrecht	12
1. Die Ermittlung des Inhalts des ausländischen Rechts durch deutsche Gerichte	12
a) Einführung	12
b) Wege zur Ermittlung des ausländischen Rechts	14
2. Die Funktion der deutschen Verbindungsrichter als „Help desk“ für Anfragen aus der richterlichen Praxis	15
B. Internationales Scheidungsrecht	19
I. Die internationale Zuständigkeit	19
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	19

Inhalt

a) Supranationale Rechtsinstrumente	19
b) Nationale Rechtsinstrumente	20
2. Systematische Herangehensweise bei der Prüfung der internationalen Zuständigkeit	20
a) Einführung	20
b) Prüfungsreihenfolge – Die Abgrenzung der supranationalen von den nationalen Rechtsinstrumenten	20
3. Der Anwendungsbereich der Brüssel IIb-VO/ Brüssel IIa-VO	21
a) Zeitliche Anwendbarkeit	21
b) Räumlich-persönliche Anwendbarkeit	21
c) Sachliche Anwendbarkeit	22
4. Die internationale Zuständigkeit in Ehesachen nach der Brüssel IIb-VO/Brüssel IIa-VO	24
a) Einführung	24
b) Die internationale Zuständigkeit in Ehesachen nach Art. 3 Brüssel IIb-VO/Art. 3 Brüssel IIa-VO	25
c) Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	30
5. Die Sonderzuständigkeiten nach Art 4 Brüssel IIb-VO/ Art. 4 Brüssel IIa-VO und Art. 5 Brüssel IIb-VO/Art. 5 Brüssel IIa-VO	31
a) Die Sonderzuständigkeit nach Art. 4 Brüssel IIb-VO/ Art. 4 Brüssel IIa-VO	31
b) Die Sonderzuständigkeit nach Art. 5 Brüssel IIb-VO/ Art. 5 Brüssel IIa-VO	32
6. Rügelose Einlassung	32
7. Gerichtsstandvereinbarungen	32
8. Die internationale Restzuständigkeit nach dem nationalen Recht – § 98 Abs. 1 FamFG.	32
9. Die möglichen Prüfungsergebnisse bei der Prüfung der internationalen Zuständigkeit	34
10. Die entgegenstehende Rechtshängigkeit bei Ehesachen	36
a) Einführung	36
b) Prüfungsaufbau	36
c) Die entgegenstehende Rechtshängigkeit in einem EU-Mitgliedstaat	36
d) Die entgegenstehende Rechtshängigkeit in einem Nicht-EU-Mitgliedsstaat	40
11. Auswirkungen des Brexits auf die internationale Zuständigkeit	42
a) Einführung	42
b) Auswirkungen auf die internationale Zuständigkeit	42
c) Auswirkungen des Brexits auf eine entgegenstehende Rechtshängigkeit	43
12. Die örtliche Zuständigkeit in Ehesachen mit Auslandsbezug	43

Inhalt

II. Das Kollisionsrecht – Die Eheschließung	44
1. Einführung	44
2. Die relevanten Rechtsinstrumente	44
a) Supranationale Rechtsinstrumente	44
b) Nationale Rechtsinstrumente	44
3. Die Wirksamkeit der Eheschließung	45
a) Allgemeines	45
b) Die Prüfung der Wirksamkeit einer verschiedengeschlechtlichen Ehe	45
c) Die Prüfung der Wirksamkeit einer gleichgeschlechtlichen Ehe	50
III. Das Kollisionsrecht – Die Ehescheidung	51
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	51
a) Supranationale Rechtsinstrumente	51
b) Nationale Rechtsinstrumente	51
2. Die Rom III-VO als maßgebendes Rechtsinstrument im Kollisionsrecht – ein Überblick	51
3. Die Anwendbarkeit der Rom III-VO	52
a) Überblick	52
b) Die zeitliche Anwendbarkeit der Rom III-VO	52
c) Die sachliche Anwendbarkeit der Rom III-VO	52
d) Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich der Rom III-VO	54
4. Die Verweisungen in der Rom III-VO als Sachnormverweisungen	56
5. Anzuwendendes Recht nach der Rom III-VO	56
a) Einführung	56
b) Verfahren ohne Rechtswahl	57
c) Verfahren mit einer Rechtswahl	61
6. Der ordre public in der Rom III-VO	68
a) Allgemeines	68
b) Der spezielle ordre public-Vorbehalt (Art. 10 Rom III-VO)	68
c) Der allgemeine ordre public-Vorbehalt (Art. 12 Rom III-VO)	71
7. Die Auswirkungen des Brexits auf das Kollisionsrecht	72
IV. Die Anerkennung in Ehesachen	72
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	72
a) Supranationale Rechtsinstrumente	72
b) Nationale Rechtsinstrumente	73
2. Systematische Herangehensweise bei der Prüfung der Anerkennung ausländischer Scheidungen	73
a) Einführung	73
b) Das Prüfungsschema bei der Anerkennung ausländischer Ehescheidungen	75
3. Die Anerkennung von EU-Scheidungen nach der Brüssel IIa-VO	76
a) Abgrenzung zur Brüssel IIb-VO	76

Inhalt

b) Die Anerkennung der Scheidung	76
c) Das Anerkennungsverfahren gemäß Art. 21 Abs. 3 Brüssel IIa-VO	81
4. Die Anerkennung von EU-Scheidungen nach der Brüssel IIb-VO	84
a) Abgrenzung zur Brüssel IIa-VO	84
b) Die Anerkennung der Scheidung	84
5. Die Anerkennung von Scheidungen aus Drittstaaten	86
a) Einleitung	86
b) Grundsätze des Anerkennungsverfahrens gemäß § 107 FamFG	87
c) Die Anerkennung von drittstaatlichen Heimatstaatenentscheidungen (§ 107 Abs. 1 S. 2 FamFG)	89
d) Die Aussetzung des Hauptsacheverfahrens vor dem Familiengericht	90
e) Die Anerkennungsversagungsgründe gemäß § 109 FamFG	92
f) Das Anerkennungsverfahren gemäß § 107 FamFG	97
6. Die Anerkennung von Privatscheidungen	99
a) Definition	99
b) Das Verbot der Privatscheidung im Inland	100
c) Fragestellungen bei der Anerkennung einer ausländischen Privatscheidung	100
d) Das Verfahren bei der Anerkennung von Privatscheidungen	101
e) Der Prüfungsmaßstab für die Anerkennung von Privatscheidungen	102
f) Sonderthematik: Die neuen europäischen Privatscheidungen	106
7. Auswirkungen des Brexits auf die Anerkennung von Scheidungen	108
C. Der Versorgungsausgleich mit Auslandsbezug	109
I. Versorgungsausgleich und EU-Güterrechtsverordnung	109
1. Einleitung	109
2. Die zeitliche Geltung der europäischen Güterrechtsverordnungen	109
3. Der Versorgungsausgleich im System der EuGüVO	110
II. Die internationale Zuständigkeit bei Geltung des FamFG	111
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	111
a) Supranationale Rechtsinstrumente	111
b) Nationale Rechtsinstrumente	111
2. Die systematische Prüfung der internationalen Zuständigkeit	112
a) Einleitung	112
b) Die internationale Zuständigkeit in Scheidungsverbundverfahren (§ 98 Abs. 3 FamFG)	112

Inhalt

c) Die internationale Zuständigkeit in isolierten Versorgungsausgleichsverfahren	113
III. Das Kollisionsrecht	113
1. Supranationale Rechtsquellen	113
2. Die nationale Kollisionsnorm des Art. 17 EGBGB	114
a) Die zeitliche Abgrenzung	114
b) Verfahren vor dem 29.1.2013	115
c) Verfahren nach dem 29.1.2013	115
3. Die Durchführung des Versorgungsausgleichs mit Auslandsbezug nach deutschem Sachrecht	119
a) Allgemeines	119
b) Die Gleichschlepper (§ 19 Abs. 3 VersAusglG)	120
4. Der Versorgungsausgleich bei einer Auslandsscheidung	122
D. Internationale Kindschaftssachen	125
I. Die internationale Zuständigkeit	125
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	125
a) Supranationale Rechtsinstrumente	125
b) Nationale Rechtsinstrumente	126
2. Die Abgrenzung der einzelnen Rechtsinstrumente	126
a) Einführung	126
b) Die Definition des gewöhnlichen Aufenthalts eines Kindes	127
c) Der schlichte Aufenthalt gemäß Art. 11 Brüssel IIb-VO/ Art. 13 Brüssel IIa-VO	131
d) Die Prüfungsreihenfolge zur Ermittlung des anwendbaren Rechtsinstrumentes	133
3. Die internationale Zuständigkeit bei Anwendbarkeit der Brüssel IIb-VO/Brüssel IIa-VO	134
a) Einführung und Prüfungssystematik	134
b) Die Regelanknüpfung gemäß Art. 7 Abs. 1 Brüssel IIb-VO/ Art. 8 Abs. 1 Brüssel IIa-VO	135
c) Die Sonderanknüpfung für Umgangsabänderungsverfahren (Art. 8 Brüssel IIb-VO/Art. 9 Brüssel IIa-VO)	137
d) Die Sonderanknüpfung für Gerichtsstandsvereinbarungen (Art. 10 Brüssel IIb-VO/Art. 12 Brüssel IIa-VO)	138
e) Die Sonderanknüpfung bei einer rechtswidrigen Kindesentführung ins Ausland (Art. 9 Brüssel IIb-VO/ Art. 10 Brüssel IIa-VO)	144
f) Die grenzüberschreitende Verweisung an einen anderen EU-Mitgliedstaat (Art. 12, 13 Brüssel IIb-VO/Art. 15 Brüssel IIa-VO)	147
4. Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes unter Geltung der Brüssel IIb-VO und der Brüssel IIa-VO	153
a) Brüssel IIa-VO und Brüssel IIb-VO	153
b) Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes unter Geltung der Brüssel IIa-VO (Art. 20 Brüssel IIa-VO)	153

Inhalt

c) Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes unter Geltung der Brüssel IIb-VO (Art. 15 Brüssel IIb-VO)	156
5. Die internationale Zuständigkeit bei Anwendbarkeit des KSÜ	157
a) Die Vertragsstaaten des KSÜ	157
b) Die Anwendbarkeit des KSÜ	157
c) Die Zuständigkeitsnormen des KSÜ	158
6. Die internationale Zuständigkeit unter Geltung des nationalen Rechts (§ 99/§ 98 Abs. 3 FamFG)	160
7. Die entgegenstehende Rechtshängigkeit bei Kindschaftssachen	162
a) Einführung	162
b) Prüfungsaufbau	162
c) Die entgegenstehende Rechtshängigkeit in einem EU-Mitgliedstaat.	163
d) Die entgegenstehende Rechtshängigkeit in einem Nicht-EU-Mitgliedsstaat	166
8. Die Auswirkungen des Brexits auf die internationale Zuständigkeit	168
9. Die örtliche Zuständigkeit in Kindschaftssachen mit Auslandsbezug	169
II. Das Kollisionsrecht	170
1. Einführung	170
2. Die relevanten Rechtsinstrumente	171
a) Supranationale Rechtsinstrumente	171
b) Nationale Rechtsinstrumente	171
3. Die Abgrenzung der Rechtsinstrumente – die Prüfungsreihenfolge	171
4. Die kraft Gesetzes bestehende elterliche Verantwortung nach dem KSÜ	172
a) Einführung	172
b) Art. 16 KSÜ	173
c) Art. 17 KSÜ	176
5. Das anzuwendende Recht für gerichtliche Entscheidungen („Schutzmaßnahmen“) – Art. 15 KSÜ	177
6. Das Prüfungsschema für das Kollisionsrecht	182
7. Die Auswirkungen des Brexits auf das Kollisionsrecht	183
III. Anerkennung, Vollstreckbarerklärung und Vollstreckung bei Verfahren der elterlichen Verantwortung	183
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	183
a) Supranationale Rechtsinstrumente	183
b) Nationale Rechtsinstrumente	184
2. Systematische Herangehensweise bei der Prüfung der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Kindschaftssachen	184
a) Einführung	184
b) Prüfungssystematik	185

Inhalt

3. Die Anwendbarkeit/Abgrenzung der einzelnen supranationalen und nationalen Rechtsinstrumente	186
a) Das Günstigkeitsprinzip	186
b) Die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen aus EU-Mitgliedstaaten	187
c) Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen aus KSÜ-Vertragsstaaten	188
d) Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen aus ESÜ-Vertragsstaaten	188
e) Anerkennung und Vollstreckung nach den §§ 108–110 FamFG	189
4. Die Anerkennung und Vollstreckung von EU-Titeln nach der Brüssel IIa-VO	189
a) Abgrenzung zur Brüssel IIb-VO	189
b) Die Prüfungssystematik	189
c) Das IntFamRVG	190
d) Die Anerkennung von EU-Titeln nach der Brüssel IIa-VO	190
e) Die Vollstreckung von EU-Titeln nach der Brüssel IIa-VO	197
5. Die Anerkennung und Vollstreckung von EU-Titeln nach der Brüssel IIb-VO	203
a) Abgrenzung zur Brüssel IIa-VO	203
b) Die Prüfungssystematik	203
c) Das IntFamRVG	204
d) Die Anerkennung von EU-Titeln nach der Brüssel IIb-VO	204
e) Die Vollstreckung von EU-Titeln nach der Brüssel IIb-VO	209
6. Die Anerkennung und Vollstreckung von Titeln aus KSÜ-Vertragsstaaten	217
a) Anerkennung	217
b) Vollstreckung	218
7. Die Anerkennung und Vollstreckung von Titeln aus ESÜ-Vertragsstaaten	218
8. Die Anerkennung und Vollstreckung von Titeln aus MSA-Vertragsstaaten	219
9. Die Anerkennung und Vollstreckung von Titeln nach nationalem Recht (§ 108 FamFG)	219
10. Die Auswirkungen des Brexits auf die Anerkennung und Vollstreckung	220
IV. Das Haager Kindesentführungsübereinkommen vom 25.10.1980 (HKÜ)	221
1. Einführung und Rechtsquellen	221
2. Die Anwendbarkeit des HKÜ	222
3. Die internationale Zuständigkeit in HKÜ-Verfahren	224
4. Die örtliche Zuständigkeit	224

Inhalt

5. Die Abgrenzung und das Zusammenspiel zwischen einem HKÜ-Verfahren und einem Sorgerechtsverfahren	224
a) Einführung	224
b) Die internationale Zuständigkeit für Sorgerechtsverfahren in Kindesentführungsfällen	225
c) Die örtliche Zuständigkeit für Sorgerechtsverfahren in Kindesentführungsfällen	226
d) Die Sperrwirkung des Art. 16 HKÜ	226
6. Die Voraussetzungen für eine Rückführung eines Kindes nach dem HKÜ	228
a) Art. 12 HKÜ als Anspruchsgrundlage	228
b) Das widerrechtliche Verbringen oder Zurückhalten gemäß Art. 3 HKÜ	228
c) Die Jahresfrist gemäß Art. 12 HKÜ	230
7. Die Versagungsgründe (Art. 13 HKÜ)	231
a) Einführung	231
b) Nichtausübung des Sorgerechts (Art. 13 Abs. 1 lit. a HKÜ)	232
c) Zustimmung oder Genehmigung des Antragsgegners (Art. 13 Abs. 1 lit. a HKÜ)	232
d) Die schwerwiegende Gefahr eines körperlichen oder seelischen Schadens für das Kind (Art. 13 Abs. 1 lit. b HKÜ)	233
e) Das Widersetzen des Kindes (Art. 13 Abs. 2 HKÜ)	239
8. Das Rückführungsverfahren	240
a) Allgemeines	240
b) Kindesanhörung, Bestellung eines Verfahrensbeistands und Anhörung des Jugendamts	241
c) Der Inhalt der Rückgabeanordnung	241
d) Die Kostenentscheidung	242
e) Rechtsmittel	243
f) Begleitende einstweilige Anordnungen	244
g) Die Vollstreckung eines Rückführungsbeschlusses	244
9. Die Widerrechtlichkeitsbescheinigung (Art. 15 HKÜ)	246
10. Besonderheiten bei Entführungsfällen zwischen EU-Mitgliedstaaten	247
a) Die Regelungen nach der Brüssel IIa-VO	247
b) Die Regelungen nach der Brüssel IIb-VO	249
11. Praxisfragen in Rückführungsfällen	252
12. Prüfungsschema für HKÜ-Fälle	252
E. Internationales Unterhaltsrecht	255
I. Internationale Zuständigkeit	255
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	255
a) Supranationale Rechtsinstrumente	255
b) Nationale Rechtsinstrumente	258
2. Die internationale Zuständigkeit gemäß der EuUntVO	257
a) Der Anwendungsbereich der EuUntVO	257

Inhalt

b) Die einzelnen Zuständigkeiten nach der EuUntVO . . .	256
c) Die Sonderregelung für Abänderungsanträge – Art. 8 EuUntVO	263
d) Gerichtsstandsvereinbarungen (Art. 4 EuUntVO)	265
e) Die rügelose Einlassung (Art. 5 EUUntVO)	267
f) Auffangzuständigkeit und Notzuständigkeit (Art. 6 EuUntVO/Art. 7 EuUntVO)	269
g) Die internationale Zuständigkeit beim einstweiligen Rechtsschutz	270
h) Die Prüfung der internationalen Zuständigkeit	271
3. Die Auswirkungen des Brexits auf die internationale Zuständigkeit	273
4. Die örtliche Zuständigkeit	274
a) Die örtliche Zuständigkeit nach der EuUntVO	274
b) Die Regelung der örtlichen Zuständigkeit im AUG – §§ 25 ff. AUG als Ergänzung zu Art. 3 EuUntVO	275
5. Die entgegenstehende Rechtshängigkeit in Unterhaltssachen	277
a) Einführung – Prüfungsaufbau	277
b) Rechtshängigkeit in einem anderen EU-Mitgliedsstaat . .	277
c) Rechtshängigkeit in Norwegen, Island, Schweiz (LugÜ II-Staaten)	280
d) Rechtshängigkeit in einem Drittstaat	281
e) Auswirkungen des Brexits auf eine entgegenstehende Rechtshängigkeit	281
II. Das Kollisionsrecht	282
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	282
a) Supranationale Rechtsinstrumente	282
b) Nationale Rechtsinstrumente	282
2. Das Haager Unterhaltsprotokoll (HUP) als maßgebendes Rechtsinstrument im Kollisionsrecht – ein Überblick . . .	282
3. Die Anwendbarkeit des HUP	283
a) Einführung	283
b) Die zeitliche Anwendbarkeit	284
c) Der sachliche Anwendungsbereich	284
d) Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich	285
4. Allgemeine Grundsätze des HUP	287
a) Die universelle Anwendung	287
b) Die Verweisungen im HUP als Sachnormverweisungen (Art. 12 HUP)	288
c) Die Behandlung von Vorfragen	301
d) Der ordre public (Art. 13 HUP)	290
5. Das nach dem HUP anzuwendende materielle Sachrecht . .	291
a) Einführung	291
b) Verfahren ohne Rechtswahl	291
c) Verfahren mit Rechtswahl	301
6. Sonderproblem: Die Abänderung eines ausländischen Unterhaltstitels	308

Inhalt

a) Einführung	308
b) Die Voraussetzungen für eine Abänderung einer ausländischen Unterhaltsentscheidung	309
c) Das auf das Abänderungsverfahren anwendbare materielle Recht	310
d) Die Abänderung ausländischer Vergleiche und öffentlicher Urkunden	312
7. Sonderproblem: Die Beeinflussung der Berechnung der Höhe des Unterhaltsanspruchs durch grenzüberschreitende Sachverhalte	312
a) Einführung	312
b) Unterhaltsberechtigter im Ausland, Verpflichteter im Inland	313
c) Unterhaltsberechtigter im Inland, Verpflichteter im Ausland	313
d) Hilfsmittel zur Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten	314
8. Sonstige Anwendungsbereiche des Unterhaltsstatuts	317
a) Verjährung	317
b) Auskunftsansprüche	317
c) Verfahrenskostenhilfe	318
d) Verfahrenskostenvorschuss	318
e) Die Währung	318
9. Prüfungsschema zum Kollisionsrecht	318
III. Anerkennung, Vollstreckbarerklärung und Vollstreckung in Unterhaltssachen	319
1. Die relevanten Rechtsinstrumente	319
a) Supranationale Rechtsinstrumente	319
b) Nationale Rechtsinstrumente	320
2. Systematische Herangehensweise bei der Prüfung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Unterhaltsentscheidungen	320
a) Einführung	320
b) Prüfungssystematik	321
3. Die Anwendbarkeit der einzelnen supranationalen und nationalen Rechtsinstrumente	322
a) Das Günstigkeitsprinzip	322
b) Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage der EuUntVO	323
c) Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen aus der Schweiz, Norwegen und Island auf der Grundlage des LugÜ II	323
d) Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage des HUÜ 2007	324

Inhalt

e)	Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage des HUVÜ 1973	324
f)	Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen auf der Grundlage des Haager Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern v. 15.4.1958 (HKUVÜ 1958)	325
g)	Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen aus Israel oder Tunesien	325
h)	Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen aus Nicht – EU-Mitgliedstaaten, die auch nicht Mitgliedstaaten völkerrechtlicher Verträge sind	325
4.	Die Anerkennung und Vollstreckung nach der EuUntVO	325
a)	Einführung und Prüfungssystematik	325
b)	Das Auslandsunterhaltsgesetz als deutsches Ausführungsgesetz	326
c)	Die Anerkennung von Unterhaltstiteln aus EU-Mitgliedstaaten	327
d)	Die Vollstreckung ohne Exequaturverfahren	328
e)	Die Vollstreckung mit Exequaturverfahren	330
5.	Die Anerkennung und Vollstreckung von Titeln aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten	333
a)	Unterhaltstitel, die in den Anwendungsbereich des Haager Übereinkommens vom 23.11.2007 (HUU 2007) fallen	333
b)	Unterhaltstitel, die in den Anwendungsbereich des Haager Übereinkommens vom 02.10.1973 (HUVÜ 1973) fallen	335
c)	Unterhaltstitel, die in den Anwendungsbereich des LuGÜ II fallen	337
d)	Unterhaltstitel aus Staaten, mit denen bilaterale Abkommen bestehen	337
e)	Unterhaltstitel aus Nicht-EU-Staaten, mit denen keine Abkommen bestehen	338
6.	Der Verfahrenswert eines Vollstreckbarerklärungsverfahrens	340
7.	Prüfungsschema für die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Unterhaltsentscheidungen in Deutschland	340
8.	Die Auswirkungen des Brexits auf die Anerkennung und Vollstreckung	342

Inhalt

F. Internationales Güterrecht	345
I. Die Abgrenzung zwischen der „alten“ und der „neuen“ Rechtslage	345
1. Einführung	345
2. Die zeitliche Anwendbarkeit der EU-Güterrechtsverordnungen	345
a) Abgrenzung	345
b) Die verfahrensrechtlichen Vorschriften	345
c) Das Kollisionsrecht	346
II. Internationales Güterrecht nach der „alten“ Rechtslage	348
1. Internationale Zuständigkeit	348
2. Kollisionsrecht	348
a) Einführung	348
b) Anknüpfung ohne Rechtswahl	349
c) Anknüpfung über eine Rechtswahl	350
d) Die Reichweite des Güterrechtsstatuts	351
e) Auskunftsanspruch	351
3. Anerkennung, Vollstreckbarerklärung und Vollstreckung	353
a) Einführung	353
b) Die Anerkennung	353
c) Die Vollstreckung	355
III. Internationales Güterrecht nach der „neuen“ Rechtslage	355
1. Einführung	355
2. Der Anwendungsbereich der Güterrechtsverordnungen	355
a) Der räumliche Anwendungsbereich	355
b) Der persönliche Anwendungsbereich	356
3. Die internationale Zuständigkeit	363
a) Die relevanten Rechtsinstrumente	363
b) Einführung	363
c) Die vorrangigen Annexzuständigkeiten (Art. 4 EuGüVO u. Art. 5 EuGüVO)	363
d) Der Auffanggerichtsstand des Art. 6 EuGüVO	367
e) Gerichtsstandsvereinbarungen (Art. 7 EuGüVO)	369
f) Die rügelose Einlassung (Art. 8 EuGüVO)	372
g) Sonstige Zuständigkeiten	374
h) Prüfungsschema für die internationale Zuständigkeit nach der EuGüVO	377
i) Entscheidung über die internationale Zuständigkeit durch das angerufene Gericht	377
j) Besonderheiten für die internationale Zuständigkeit in der EuPartVO	378
k) Die entgegenstehende Rechtshängigkeit in Güterrechtssachen	378
l) Auswirkungen des Brexits auf die internationale Zuständigkeit	381
4. Das Kollisionsrecht	381
a) Die relevanten Rechtsinstrumente	381

Inhalt

b) Allgemeine Grundsätze bei der Anwendbarkeit der EuGüVO	383
c) Anwendbares Recht ohne Rechtswahl – Objektive Anknüpfung nach Art. 26 EuGüVO	387
d) Anwendbares Recht mit Rechtswahl (Art. 22–24 EuGüVO)	393
e) Sonderregelungen für die Form von Eheverträgen (Art. 25 EuGüVO)	399
f) Auswirkung des Brexits auf das Kollisionsrecht	401
5. Anerkennung, Vollstreckbarerklärung und Vollstreckung in Güterrechtssachen	401
a) Die relevanten Rechtsquellen	401
b) Die Anerkennung ausländischer güterrechtlicher Entscheidungen nach der EuGüVO	403
c) Die Vollstreckbarerklärung ausländischer güterrechtlicher Entscheidungen nach der EuGüVO	405
d) Anerkennung, Vollstreckbarerklärung und Vollstreckung nach dem FamFG	408
e) Auswirkungen des Brexits auf die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen	408
G. Internationales Abstammungsrecht	409
I. Internationale Zuständigkeit	409
1. Rechtsquellen	409
a) Supranationale Rechtsquellen	409
b) Nationale Rechtsquellen	409
2. Die internationale Zuständigkeit nach § 100 FamFG	409
II. Das Kollisionsrecht	410
1. Rechtsquellen	410
a) Supranationale Rechtsquellen	410
b) Nationale Rechtsquellen	410
2. Prüfungssystematik	410
3. Das Abstammungsstatut gemäß Art. 19 EGBGB	411
a) Der Anwendungsbereich des Art. 19 EGBGB	411
b) Die einzelnen Anknüpfungsalternativen des Art. 19 EGBGB	412
c) Die alternative Anknüpfung bei Art. 19 EGBGB	416
4. Das Anfechtungsstatut gemäß Art. 20 EGBGB	420
a) Einführung	420
b) Anwendungsbereich	421
c) Die Anfechtung gemäß Art. 20 S. 1 EGBGB	421
d) Die Anfechtung gemäß Art. 20 S. 2 EGBGB	422
5. Verpflichtungen des Vaters gegenüber der Mutter – Art. 19 Abs. 2 EGBGB	422
III. Anerkennung ausländischer Entscheidungen	423
1. Rechtsquellen	423
a) Supranationale Rechtsquellen	423
b) Nationale Rechtsquellen	423

Inhalt

2. Die Anerkennung gemäß §§ 108, 109 FamFG	423
3. Anerkennungsversagungsgründe	424
a) Allgemeines	424
b) Sonderfall: Leihmütterfälle	424
Sachverzeichnis	431

